



Gesetzliche Rentenversicherung für die Zukunft stärken



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zeigt sich vor dem Hintergrund der unabsehbaren Folgen der Corona-Krise skeptisch über die Aussagekraft der Empfehlungen im jüngst vorgelegten Bericht der Rentenkommission.

„Ohne die derzeitige Pandemie müsste der Bericht der Rentenkommission als durchwachsen bezeichnet werden. Es ist zwar gut, dass keine Bindung der Regelaltersgrenze an die durchschnittliche Lebenserwartung im Bericht aufgenommen wurde. Für hart arbeitende Menschen am Bau sind schon 67 Jahre oft nicht zu schaffen. Uns fehlt aber eine Lösung für sichere Übergänge im Alter für die, die sich schon vor 67 die Knochen kaputt gearbeitet haben und nicht mehr können. Ebenso fehlen Vorschläge für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Zudem muss die Politik ein Rentenniveau von mindestens 50 Prozent garantieren. Vorschläge, die darunter liegen, führen in die Altersarmut und werden von uns abgelehnt. Das gilt auch für den im Rentenbericht genannten Korridor, der nach 2025 zwischen 44 und 49 Prozent liegen soll“,

sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Es ist aber bereits jetzt sicher, dass sich die Corona-Krise auch auf unsere Rente auswirkt. Während viele betriebliche Altersvorsorgeregulungen stark von den Verwerfungen am Kapitalmarkt betroffen sind, zeigt sich erneut die Krisenfestigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. Das Umlagesystem schützt die Rentenversicherung vor Kursstürzen. Damit wird noch einmal für alle Beteiligten deutlich, dass eine verantwortungsvolle Rentenpolitik nur in der Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung liegen kann. Die Politik muss spätestens nach der überstandenen Corona-Krise diskutieren, wie diese Stärkung aussehen muss, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens für eine gesetzliche Rente zu erzielen.“



Azubis müssen sich auf ihren Betrieb verlassen können



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert Ausbildungsbetriebe auf, keinen Azubi auf die Straße zu setzen. Baubetriebe sind kaum von der Corona-Krise betroffen. Zudem erhalten Ausbildungsbetriebe am Bau, im Gerüstbau und dem Dachdecker-Handwerk ihre Ausbildungskosten zu einem Großteil erstattet.

In diesen Branchen gibt es tariflich geregelte Ausbildungsumlagen.

„Die Ausbildung kann weitergehen und sie muss jetzt weiter gehen. Das ist nicht nur eine Frage der Verantwortung gegenüber jungen Menschen, die ihrer*ihrem Chef*in ihre Zukunft anvertraut haben. Auch die Baubranche braucht den Nachwuchs dringend. Ohne Profis gibt es keine starke Bauwirtschaft. Ihre Leistungskraft ist aber die Basis für eine Konjunkturerholung. Doch die Fachkräfte waren schon vor der Krise knapp. Jetzt gilt es, den Nachwuchs bis zum Berufsstart bei der Stange zu halten“,

sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt.

„Betriebe dürfen die Krise nicht missbrauchen, um Auszubildenden zu kündigen, und sie brauchen es auch nicht. Viele Betriebe in der Bauwirtschaft erhalten Erstattungsleistungen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütung. Wo es eng wird, zahlt der Staat vorbehaltlos hohe Zuschüsse. Davon kann ein Arbeitsausfall überbrückt werden. Von dem sind am Bau ohnehin nur wenige Unternehmen betroffen. Denn die meisten Baustellen laufen weiter. Wo es doch für längere Zeit hakt, besteht aber auch für Auszubildende in dieser Ausnahmesituation ein Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Kündigungen sind deshalb nirgendwo vertretbar“,

sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Nicole Simons. Die Bundesagentur für Arbeit hat darauf verwiesen, dass Auszubildende Kurzarbeitergeld bekommen. Dies gilt nach einem Arbeitsausfall von sechs Wochen. Bis dahin bekommen sie die volle Ausbildungsvergütung. Verschiedene Verbände hatten jüngst gefordert, Auszubildenden bereits vom ersten Tag an Kurzarbeitergeld zu zahlen, um Kündigungen zu vermeiden.